

## Reaktionen auf das Aus für das PSW Atdorf: "Das Projekt wird Spuren hinterlassen"

Die Entscheidung zum Ende des Projekts Pumpspeicherwerk Atdorf kommt für die Region überraschend. Es herrscht ein Wechselbad der Gefühle. Vor allem ist das Erstaunen groß. Dass die Schluchseewerk AG nach dem Erörterungstermin in vielen Bereichen nacharbeiten müsse, war erwartet worden, nicht aber das Ende des Vorhabens. Nun keimen besonders im Hinblick auf die Autobahnplanung neue Hoffnungen. Es gibt aber auch Sorgen bezüglich der Nachwirkungen des umstrittenen Projekts.



- > **Alexander Guhl**, Bürgermeister von Bad Säckingen ist erleichtert über die Entscheidung. Das PSW Atdorf habe "die Stadt in vielen Bereichen behindert", so Guhl weiter. Die Sorge um die Heilquellen Bad Säckingens hätte die Schluchseewerk AG nie aus der Welt schaffen können. Auch seien die städtischen Entwicklungsmöglichkeiten aufgrund des anvisierten hohen Bedarfs an Ausgleichsflächen stark beschnitten worden. Und über Jahre hinweg wurden die Ressourcen der Verwaltung durch das Vorhaben massiv gebunden, "ohne dass wir wussten, ob überhaupt eine Bauabsicht besteht". Allem voran habe das PSW aber stets in Konkurrenz zur Autobahnplanung gestanden. Da dies ab sofort nicht mehr der Fall sei, "hoffe ich sehr, dass nun endlich in Sachen Autobahn etwas vorangeht."
- > **Michael Thater**, Bürgermeister von Wehr, stimmt in Sachen Autobahn vollkommen mit seinem Bad Säckinger Kollegen über ein, wie er sagt. Nun sei es an der Zeit, die entscheidenden Stellen vom "geballten politischen Willen aller Akteure in Südbaden zu überzeugen", so Thater. Gleichwohl habe die Stadt Wehr mit Pumpspeicherwerken bislang positive Erfahrungen gesammelt, weswegen sie nie in eine pauschale Opposition gegangen sei: "Uns war wichtig, dass die Notwendigkeit nachgewiesen wird." Dass nun die Aktionäre der Schluchseewerk AG dem Projekt den Stecker ziehen, überrascht Thater dennoch nicht: "Der Erörterungstermin hat gezeigt, dass die Hürden so hoch gesetzt wurden, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis eine Grundsatzentscheidung getroffen werden muss."
- > **Christof Berger**, Bürgermeister von Herrischried, zeigt sich "erleichtert, dass das Projekt nicht kommt." Die Gemeinde habe sich aufgrund der damit einhergehenden negativen Auswirkungen eindeutig gegen das Vorhaben gestellt. Der Vorwurf, dass es beim Pumpspeicher ausschließlich um privatwirtschaftliche Interessen und nicht um eine energiepolitische Notwendigkeit gegangen sei, werde nun gewissermaßen nachgewiesen. "Es ist gut, dass nun der Schnitt vollzogen wird, denn mit dem Projekt ging eine jahrelange Belastung für die Gemeinde einher", so Berger.
- > **Dietmar Zäpernick**, Bürgermeister von Rickenbach, war "völlig überrascht", als er über das Aus für Atdorf informiert wurde: Der Erörterungstermin habe zwar gezeigt, dass in den verschiedensten Bereichen "nachgelegt werden muss", so Zäpernick. Für Rickenbach sei es aber gut, dass nun ein Schlussstrich gezogen werde, denn es nie gelungen, einen Konsens zwischen Gegnern und Befürwortern des Projekts in der Gemeinde herzustellen.
- > **Georg Keller**, Präsident des Schwarzwaldvereins, zeigt sich ebenfalls froh über die Nachricht: "Wir sind vor allem erleichtert, dass der

Kelch der schwerwiegenden Landschaftszerstörungen und Eingriffe in die Natur und Wasserversorgung an uns vorüber gegangen ist." Nicht zu unterschätzen seien nach Kellers Meinung derweil die "gesellschaftlichen Belastungen", die Atdorf mit sich gebracht habe. Auch wenn das PSW nicht gebaut werde, "wird Atdorf Spuren hinterlassen", denn die Folgen jahrelanger Diskussionen und Auseinandersetzungen ließen sich nicht einfach so beiseite wischen.

- **LüderRosenhagen**, Regionalvorsitzender des BUND, verspricht den Menschen in der Region ein großes Volksfest: "Das Ende von Atdorf muss ordentlich gefeiert werden." Dennoch sei er von der Entscheidung überrascht worden. Erklärungsversuche seien derzeit noch schwierig, sagt er. Ob es der massive Optimierungsbedarf der Planung gewesen sei, die Aussicht jahrelanger juristischer Auseinandersetzung oder die Tatsache, dass es zahlreiche preiswerte Alternativen zu Pumpspeicherwerken gebe – vieles sei in dieser Hinsicht vorstellbar.
- **Michael Martin**, Kreisgeschäftsführer des BLHV, begrüßt die Entscheidung: "Aufgrund der zu erwartenden Flächenverluste für die hiesigen Landwirte haben wir gehofft, dass es so ausgeht." Nachdem die Bauern bei der Frage der Ausgleichsflächen vor vollendete Tatsachen gestellt worden sind, habe sich massiver Protest geregigt. Dass es über 1000 Einwendungen gegen die geplante Ausgleichsregelung gegeben hatte, wertet Martin als klares Zeichen: "Die Entscheidung ist somit auch ein Erfolg für die Landwirte."